

## **Bericht für das AMTSBLATT KW 49 vom 09. Dezember 2016** **Stadt Heubach - Aus der Arbeit des Gemeinderats** **Gemeinderatssitzung vom 06.12.2016**

Im Mittelpunkt des öffentlichen Teils der Sitzung stand die Vorberatung des Haushaltsplans 2017. Weitere Themen waren die Änderung der Abwassersatzung und der Wasserversorgungssatzung mit den jeweiligen Anpassungen der Abwassergebühren und des Wasserbezugspreises, die Vergabe von Bauleistungen im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“, Abwägung und Satzungsbeschluss des Bebauungsplans „Im Brühl, 4. Änderung“ sowie die Aufhebung der Satzung über die Benutzung der Gemeindewaagen und die Ausschreibung der Wartungsarbeiten für die Straßenbeleuchtung.

Die anschließende nicht öffentliche Sitzung umfasste drei Tagesordnungspunkte.

In der **Bürgerfragestunde** wurden keine Fragen an die Stadtverwaltung gestellt.

### **Änderung der Abwassersatzung - Anpassung der Abwassergebühren**

Bürgermeister Brütting wies zu Beginn darauf hin, dass die Thematik Abwassergebühren und Wasserbezugspreis im Kontext zu sehen sind, da es sich um ein Be- und Entlastung der Bürger handelt: Für die Abwassergebühren ist eine Gebührenerhöhung, für den Wasserbezugspreis eine Gebührensenkung geplant. In beiden Fällen handle es sich um eine engmaschige Kalkulation, bei der im Bereich der Abwassergebühren die in den Jahren 2014 und 2015 zu viel eingenommenen Gebühren in Form einer Weitergabe der Überschüsse (gesetzlich vorgeschrieben) berücksichtigt werden müssen. Er betonte außerdem den hohen Anteil feststehender Kosten für die Infrastruktur wie Kanäle und Kläranlage.

Verbandskämmerer Thomas Kiwus legte dem Gremium die Details der Kalkulation dar und hob noch einmal hervor, dass bei der Abwassergebühr (seit 2010 Spaltung in Schmutzwasser- und Niederschlagsgebühr) „andere Regeln“ als beim Wasserbezug gelten – es darf kein Gewinn erzielt werden. Aufgrund der guten Ergebnisse des Vorjahrs und der Prognosen für das laufende Jahr können die Gebühren weniger stark erhöht werden als rein rechnerisch notwendig (ohne Überschüsse Erhöhung von insgesamt 22 Cent): Für die Schmutzwassergebühr ist eine Erhöhung um 4 Cent und für die Niederschlagswassergebühr um 3 Cent vorgesehen.

Die Sprecher der Fraktionen (StR Thomas Abele, StR Erich Blum und StR Karl Grötzingler) äußerten sich zustimmend und sahen in den - wie bereits 2015 vorgesehen – schrittweisen und gleichmäßigen Erhöhungen eine bürgerfreundliche Lösung.

Der Gemeinderat folgte **einstimmig** dem Beschlussvorschlag der Verwaltung und stimmte der Satzung zur Änderung der Abwassersatzung zum 01.01.2017 zu. Die Gebührensätze betragen demnach ab dem 01.01.2017 für Schmutzwasser 1,41 €/m<sup>3</sup> und für Niederschlagswasser 0,46 €/m<sup>2</sup> versiegelter Fläche.

### **Änderung der Wasserversorgungssatzung - Anpassung des Wasserbezugspreises - Kalkulation 2017**

Verbandskämmerer Kiwus ging auch hier auf die geltenden „Spielregeln“ ein – beim Wasserpreis ist die Erzielung eines angemessenen Gewinns möglich. Bei der Kalkulation ist auch die vom Gemeinderat in 2013 beschlossene Konzessionsabgabe der Wasserversorgung an den Kämmererhaushalt (mindestens 80.000 €, gedeckelt auf maximal 10% der Umsatzerlöse – gesetzliche Vorschrift) zu berücksichtigen. In Anbetracht einer höher angesetzten Verzinsung und eines konstanten Abnahmevolumens ist beim Wasserbezugspreis eine Reduzierung von 5 Cent möglich, um die Bürger insgesamt zu entlasten.

Das Gremium beschloss ohne Diskussion und **einstimmig** die Satzung zur Änderung der Wasserversorgungssatzung zum 01.01.2017. Die Verbrauchsgebühr für Wasser wird von derzeit 2,35 €/m<sup>3</sup> auf 2,30 €/m<sup>3</sup> gesenkt.

### **Vorberatung des Haushaltsplans 2017**

Der Haushaltsplan 2017 sieht ein Gesamtvolumen von rund 34 Millionen Euro vor, davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt ca. 28 Millionen Euro und auf den Vermögenshaushalt rund 6 Millionen Euro. Die Zuführungsrate wird mit 1,8 Millionen Euro geplant. Die tatsächliche Pro-Kopf-Verschuldung liegt zum 31.12.2016 bei 1.053 € (1.139 € im Vorjahr).

Bürgermeister Brütting hob einleitend auf die Besonderheit des vorliegenden Entwurfs ab, der sich in Struktur und Inhalt im Vergleich zu den Vorjahren verändert hat. So liegt nach Auflösung des

Eigenbetriebs „Infrastruktur und Energie“ zum 31.12.2016 und die Überführung in den Kämmereihaushalt nur noch „ein Werk“ vor und der Haushaltsplan 2017 enthält erstmals die Sparten Wasserversorgung, Verkehrslandeplatz und Beteiligung an der GEO. Dadurch entsteht mehr Transparenz und die Aufgaben des Eigenbetriebs können im Kontext gesehen werden.

Der Vorsitzende betonte, dass der Haushalt 2017 erneut ohne Kredite auskommen wird und damit an die letzten drei Jahre ohne neue Verschuldung angeknüpft werden kann. Ziel sei, die Schulden weiter zu verringern, wobei der Schuldenabbau angesichts der großen Strukturaufgaben nicht einfach zu bewerkstelligen sein wird. Sehr positiv sieht er die deutliche Senkung der Pro-Kopf-Verschuldung, die auf die 1.000 Euro Marke hinsteuert.

Während in 2016 die Schulen im Fokus standen (Sanierungsarbeiten Mörikeschule, Schillerschule, Realschule und vor allem die rund 3 Millionen Euro umfassende Generalsanierung des Rosenstein-Gymnasiums) und damit auch der hohe Stellenwert der Bildung in Heubach unterstrichen wurde, stehen für 2017 die Mehrzweckhalle in Lautern, die Stadthalle und die Silberwarenfabrik auf dem Plan.

Ein konsequentes Vorgehen bei der Sanierung der Gebäude, bei der die Attraktivierung des Stadtkerns im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ sowie der Lärmaktionsplanung im Mittelpunkt steht, wird als Weiterführung der 2012 gestarteten Stadtoffensive gesehen. Wichtig sei in diesem Zusammenhang die zielstrebige Nutzung der Landeszuschüsse.

Zu beachten sei die Entwicklung im Land Baden-Württemberg und in der kommunalen Politik. Kritisch sei hier zu sehen, dass die Landesregierung eine Kürzung der Mittel für Kommunen vorsehe. Das sei nach Meinung des Bürgermeisters nicht zeitgemäß und bedeute für Heubach eine große Belastung - rund 300.000 €/Jahr weniger an Finanzaufweisungen vom Land.

Die mittelfristige Finanzplanung werde vor allem durch die beschlossenen Straßensanierungen in den kommenden Jahren bestimmt und zeichne sich durch eine hohe Verbindlichkeit aus.

Bürgermeister Brütting bedankte sich abschließend bei Verwaltung, Kämmerei und den Stadträten für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushaltsplans, der aufgrund eines neuen Zeitplans deutlich früher als sonst vorliegen musste.

Verbandskämmerer Thomas KIWUS ging detailliert auf Änderungen zur vorliegenden Druckversion des Haushaltsplans ein. Durch einen Haushaltserlass stehen der Stadt Heubach eine halbe Million Euro mehr zur Verfügung, womit „die notwendigsten Lücken gestopft werden können. Insgesamt zeichne sich besonders im Hinblick auf die Pro-Kopf-Verschuldung eine gute Entwicklung ab. Er machte deutlich, dass die Stadt generell sehr stark vom Steueraufkommen des Landes abhängig sei. Dies betrifft zum Beispiel den vom Land gezahlten Pro-Kopf-Beitrag, der im Haushaltsplan eine Risikoposition darstelle, ebenso wie die Kreisumlage.

In den anschließenden Stellungnahmen der Fraktionen gab es zunächst viel Dank und Anerkennung für die Ausarbeitungen des Haushaltsplanentwurfs durch die Kämmerei.

**StR Thomas Abele (CDU)** sprach angesichts des Umfangs des Zahlenwerks und der neuen Zeitschiene von einer großen Herausforderung für alle Beteiligten. Er stellte fest, dass der Haushalt 2017 gute Rahmenbedingungen hat und hob positiv die erhöhte Zuführungsrate, die geringe Schuldenaufnahme und die Entwicklung steigender Einwohnerzahlen hervor. Zum ersten Mal sei es mit dem vorliegenden Haushaltsplan möglich, nicht nur die Pflichtaufgaben zu erledigen, sondern wieder Spielraum für „freiwillige“ Projekte zu haben. StR Abele lobte das Vorgehen der Abwicklung von Projekten in kleineren Stufen – so sei ein einfacheres Nachjustieren möglich und eine größere Flexibilität gegeben. Als besonders wichtig für die Fraktion nannte er den Ausbau der Beteiligung der Stadt an der GEO – hier müsse rechtzeitig nach einem Finanzierungskonzept gesucht werden.

**StR Erich Blum (UB)** äußerte sich erfreut über die „positive Überraschung“ der zusätzlichen Zuwendungen aus dem Finanzausgleich nach Drucklegung des Haushaltsplanentwurfs und die Erhöhung der Zuführungsrate. Als ein positives Signal wertete er auch die Senkung der Kreditaufnahme. Trotz der Unsicherheiten durch Konjunkturschwankungen seien die Zahlen eine solide Basis für die nächsten Jahre. Dennoch müsse eine Ausgabendisziplin gewahrt und die Einnahmeseite etwa durch die Entwicklung der Gewerbegebiete verbessert werden. Er hob auf die Wichtigkeit der Schaffung von Wohnraum im Hinblick auf eine weitere Entwicklung der Einwohnerzahlen ab und plädierte für eine Festlegung von Richtgrößen bei der Baulandpolitik. Die Infrastruktur müsse beibehalten und ausgebaut werden; sehr positiv sah er den Abbau des Sanierungsstaus. Angesichts gestiegener Personalkosten wies er darauf hin, dass mögliche Sparmaßnahmen auch eine Einsparung von Leistungen bedeuten würden.

**StR Karl Grötzinger (BL)** sprach von einem gelungenen Haushaltsplanentwurf. Nachdem 2016 besser als geplant und erwartet abgeschlossen werden kann, habe man ein gutes Fundament für 2017 und es sei ein solider Haushalt möglich. Auch er hob den Schuldenabbau hervor und sah ab 2018 große Herausforderungen hinsichtlich der Kostenentwicklung bei der Erfüllung städtischer Aufgaben.

Die Fraktionen hatten der Verwaltung im Vorfeld Anträge vorgelegt, die in der Sitzung besprochen wurden. Alle Anträge wurden **einstimmig** angenommen und die entsprechenden Beträge im Haushaltsplan 2017 eingestellt:

- Behindertengerechte Sanierung der öffentlichen Toilette beim Rathaus (CDU und UB) – 50.000 € nach Schätzung des Stadtbauamts. Einbindung in das Förderprogramm „Soziale Stadt“.
- Behindertengerechter Eingang im Rathaus (UB) – 10.000 €. Barrierefreiheit durch Anbringen eines Tasters für die Selbstöffnung der Tür.
- Reduzierung des Betrags für die Fassadensanierung am Schloss von 75.000 € auf 50.000 € (BL)
- Erhöhung des Betrags für die Feldwegeunterhaltung von 5.000 € auf 10.000 € (BL)
- Einstellen eines Betrags von 10.000 € für Reparaturen und Instandhaltung an der Turnhalle der Schillerschule (BL).

Die Ergebnisse der Vorberatung werden von der Kämmerei in den Haushaltsplan 2017, der in der Sitzung des Gemeinderates am 24. Januar 2017 verabschiedet werden soll, eingearbeitet und zur Beschlussfassung vorbereitet.

#### **„Soziale Stadt“ - Nutzungsänderung Jugendbüro – Vergabe von Bauleistungen**

Stadtbaumeisterin Ulrike Holl informierte, dass vor der beschränkten Ausschreibung bereits Vorabmaßnahmen durchgeführt wurden, um eine sichere Ausschreibungsgrundlage zu erhalten (Abhängung Decke für Überblick über vorhandene Installationen, diverse Demontearbeiten technischer Einbauten, Vorbereitung für spätere Anschlüsse) und legte dem Gremium die eingegangenen Angebote dar. Sie wies dabei auf die Problematik hin, dass es keine Bestandspläne hinsichtlich der vorhandenen Leitungen in der Stadthalle gibt.

Die Gesamtvergabesumme liegt bei rund 60.000 € brutto. Dafür sind im Haushalt 2016 im Rahmen der „Sozialen Stadt“ 250.000 € eingestellt. 60% (150.000 €) davon werden durch Bundes- und Landesfördermittel finanziert.

Mit den Abbrucharbeiten soll noch vor Weihnachten begonnen werden und die Fassade mit den Metallbauarbeiten im März 2017 wieder geschlossen sein. Die Fertigstellung der Jugendbüroräume und der Umzug des Jugendbüros ist gemäß Bauzeitenplan bis Juni 2017 geplant.

Der Gemeinderat beschloss **einstimmig**, die Gewerke an die jeweils günstigsten Bieter zu vergeben:

Die Abbrucharbeiten an die Fa. Kulenko in 73434 Aalen zu einem Angebotspreis von 9.265,48 €, die Betonschneidarbeiten an die Fa. Wizinger in 86742 Fremdingen zu 15.136,21 € und die Metallbauarbeiten an die Heubacher Firma ISK zu einem Angebotspreis von 35.907,30 €.

#### **Aufhebung der Satzung über die Benutzung der Gemeindewaagen**

Hauptamtsleiter Eckhard Häffner legte den Sachverhalt dar: Nach Außerbetriebnahme aller von der Stadt Heubach betriebenen Viehwaagen in den Jahren 2007 und 2012 (kaum Nutzung, hohe Kosten für Eichungen) wurde die Verwaltung im Oktober 2016 vom Landratsamt aufgefordert, die Satzung über die Benutzung der Gemeindewaagen aufzuheben.

Dieser Aufforderung kam das Gremium mit **einstimmigem Beschluss** nach.

#### **4. Änderung des Bebauungsplans „Im Brühl“ - Abwägung und Satzungsbeschluss**

Nach der erfolgten Beratung und Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Äußerungen in der Sitzung des Gemeinderats vom 27.09.2016 wurde das Abwägungsergebnis in die Planung eingearbeitet. Der Bebauungsplan lag zur Beteiligung der Öffentlichkeit vom 07.11.2016 bis einschließlich 06.12.2016 aus. Da keine Anregungen und/oder Bedenken von Bürgern eingegangen sind, gibt es keinen weiteren Änderungsbedarf und somit keine erneute Abwägung.

Der Gemeinderat beschloss ohne Diskussion und **einstimmig** den Bebauungsplan „Im Brühl, 4. Änderung“ sowie die örtlichen Bauvorschriften im Geltungsbereich des Bebauungsplans als Satzung.

Bürgermeister Brütting wies darauf hin, dass dadurch auch zwei an den Satzungsbeschluss gekoppelte Kaufverträge wirksam werden.

#### **Straßenbeleuchtung - Information über Ausschreibung der Wartungsarbeiten**

Bürgermeister Brütting betonte einleitend, dass das Thema nicht mit dem kürzlich kompletten Stromausfall in der Heubacher Weststadt in Zusammenhang steht. Hier sei eine Muffe defekt gewesen und die Reparatur durch die EnBW mittlerweile erfolgt. Er fügte hinzu, dass derzeit viele Straßenleuchten im Stadtgebiet flackern. Es handelt sich dabei um die vor drei Jahren von der EnBW eingesetzten LED Leuchten, die defekt sind und ausgetauscht werden müssen. Auf Nachfrage von StR Bernhard Deininger bejahte der Vorsitzende, dass es sich bei der Behebung um eine Gewährleistungspflicht der EnBW handle.

Bürgermeister Brütting informierte das Gremium über die Kündigung des Straßenbeleuchtungswartungsvertrags mit einem Volumen von rund 14.000 €/Jahr zum 31.12.2016. Es wird eine Neuausschreibung der Betriebsführung und Instandhaltung der Straßenbeleuchtung für die

Dauer von acht Jahren an einen Dienstleister nach den Vorgaben der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL) stattfinden. Die Bekanntmachung einer beschränkten Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb erfolgt am 07.12.2016 und wird durch das Rechtsanwaltsbüro Bauer in Stuttgart begleitet. Die Abgabe der Angebote ist auf Ende Februar 2017 terminiert, die Vergabe für den 21.03.2017 im Gemeinderat vorgesehen.

Ebenso wurde mittlerweile der Kommunalvertrag über die Stromlieferung mit der EnBW/ODR (Neuer Stromlieferant GEO, Beschluss in der letzten Sitzung des Gemeinderats) zum 31.12.2016 gekündigt.

Bis zum 31.03.2017 wurde ein Interimsvertrag mit der EnBW bezüglich der Straßenbeleuchtung geschlossen.

### **Bekanntgaben und Sonstiges**

- StR Günther Lux gab Beschwerden von Besuchern der Stadthalle beim Festakt der Perugruppe und der Seniorenweihnachtsfeier in der **Stadthalle** weiter – es sei zu kalt gewesen und habe gezogen.

Bürgermeister Frederick Brütting betonte, dass keine technischen Probleme vorliegen, räumte jedoch ein, dass es im Foyer derzeit keine Heizung gibt, was bei offenen Türen durchaus zu den geschilderten Problem führen könne. Es sei zu überlegen, im Zuge der Sanierung der Stadthalle den Einbau einer Heizung im Foyer einzuplanen.

- StR Lux fragte außerdem nach, mit wem der Vertrag bezüglich der **Kleintierzüchteranlage** geschlossen worden sei, da auch hier Beschwerden von Eigentümern an ihn herangetragen wurden, die keine Information darüber erhalten haben.

Hauptamtsleiter Eckhard Häffner erklärte, dass der Vertrag mit dem Verein abgeschlossen wurde und der Verwaltung keine Information vorliege, dass sich auf dem Gelände Privatbesitz befindet. Die Betroffenen sollen sich diesbezüglich an den Vorstand des Vereins wenden.

- StR Karl Grötzinger informierte über Schäden, die infolge der lang andauernden Sperrung der Strecke nach Bargau und der **Umleitungssituation Richtung Beiswang** in Buch entstanden sind. Es seien große Löcher in der Straße und teilweise Beschädigungen an Privatgrundstücken entstanden – hier bestehe dringender Handlungsbedarf.

Bürgermeister Brütting sagte eine Aufnahme der Schäden sowie ein Gespräch mit dem Land im Hinblick auf Schadensersatz zu.

- StR Erich Blum gab Hinweise aus dem Bereich der Tagespflege des **DRK Mehrgenerationenhaus** weiter: Bei dem ums Haus führenden Gehweg seien noch störende Stufen vorhanden. Der Vorsitzende sagte eine Begutachtung zu und bemerkte, dass die Gehwege abgesenkt wurden. Da es sich um DRK Gelände und nicht um ein städtisches Grundstück handle, werde das Anliegen dann an das DRK weitergegeben.